Stadt Kamen Niederschrift

über die
3. Sitzung des Rates
am Donnerstag, dem 21.09.2006
im in der Stadthalle

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:55 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Gabriele Bartosch
Herr Heinrich Behrens
Herr Robert Biedermann
Frau Christel Ciecior
Frau Britta Dreher
Herr Dieter Drescher
Frau Marion Dyduch
Herr Kaya Gercek
Frau Astrid Gube
Frau Petra Hartig
Frau Renate Jung
Herr Heiko Klanke
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Hartmut Madeja
Frau Annette Mann
Herr Jochen Müller
Frau Ursula Müller
Herr Günter Stahlhut
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Frau Ingried Borowiak
Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Ralf Eisenhardt
Frau Rosemarie Gerdes
Herr Reinhard Hasler
Herr Wilhelm Kemna
Herr Heinrich Kissing
Frau Susanne Middendorf
Herr Rüdiger Plümpe
Herr Franz Hugo Weber
Herr Wilfried Weigel

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Alexandra Möller
Frau Bettina Werning

FDP
Herr Detlef Knop
Herr Christian Voss

BG (neu)
Herr Hans-Peter Kaminski
Herr Dieter Kloß

fraktionslos
Herr Klaus-Dieter Grosch

Ortsvorsteher
Herr Heinz Henning
Herr Gustav-Adolf Kersten
Frau Ursula Lungenhausen

Verwaltung
Herr Jochen Baudrexl
Herr Reiner Brüggemann
Herr Hermann Hupe
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ronald Sostmann
Herr Ralf Tost

Personalrat
Frau Bärbel Amlang

Entschuldigt fehlten
Herr Heinrich Baumann
Herr Joachim Eckardt
Herr Dr. Jörg Frey
Herr Heinrich Rickwärtz-Naujokat
Frau Ina Scharrenbach
Herr Karl-Adolf Schneider

Herr Bürgermeister **Hupe** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung, stellte die Beschlussfähigkeit fest und begrüßte die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse.

Auf Vorschlag der Verwaltung wurde die Tagesordnung erweitert um die Punkte

Jahresabschluss der Städtischen Sparkasse zum 31.12.2005
Entlastung der Organe der Städtischen Sparkasse für das Geschäftsjahr 2005.

Der Tagesordnungspunkt

Neufassung der Straßenbaubeitragssatzung

wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Die Verwaltung wird eine neue Vorlage erstellen und einen überarbeiteten Satzungsentwurf vorlegen.

Weitere Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Ernennung des stellvertretenden Leiters der Feuerwehr	061/2006
2	Umbesetzung Betriebsausschuss	057/2006
3	Umbesetzung des Planungs- und Umweltausschusses	063/2006
4	Mittelbare Beteiligung des Kreises Unna und der kreisangehörigen Gemeinden Bergkamen, Bönen, Holzwickede, Kamen, Lünen, Selm, Unna und Werne an der "VKU-Verkehrsdienst-GmbH" Abschluss eines Gewinn- und Verlustübernahmevertrages	062/2006
5	Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen	058/2006
6	Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über die Festsetzung von Sperrzeiten und Ausnahmen von den Verboten der §§ 9 und 10 Landesimmissionsschutzgesetz (LImSchG)	059/2006
7	Kreisumlage hier: Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen	052/2006
8	Jahresabschluss der Städtischen Sparkasse Kamen zum 31.12.2005	065/2006
9	Entlastung der Organe der Städt. Sparkasse Kamen für das Geschäftsjahr 2005	064/2006
10	Antrag der CDU-Fraktion zur Umsetzung der Prüfaufträge und der geplanten Organisationsmaßnahmen aus der Ratsdebatte zum Haushaltsplan 2006	
11	Einwohnerfragestunde	
12	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

A. **Öffentlicher Teil**

Zu TOP 1.
061/2006 Ernennung des stellvertretenden Leiters der Feuerwehr

Beschluss:

Der Brandoberinspektor Armin Gartmann wird kommissarisch zum stellvertretenden Leiter der Feuerwehr der Stadt Kamen und Ehrenbeamten auf Zeit für die Dauer von 2 Jahren ernannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.
057/2006 Umbesetzung Betriebsausschuss

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

Betriebsausschuss

stv. Mitglied
Bisher: Martin Remmert neu: Matthias Thomas

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.
063/2006 Umbesetzung des Planungs- und Umweltausschusses

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

Planungs- und Umweltausschuss

Mitglied (sachkundiger Bürger):

bisher: Christian Voss stv.: Peter Büchel

neu: Peter Büchel stv.: Christian Voss

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
062/2006

Mittelbare Beteiligung des Kreises Unna und der kreisangehörigen Gemeinden Bergkamen, Bönen, Holzwickede, Kamen, Lünen, Selm, Unna und Werne an der "VKU-Verkehrsdienst-GmbH"
Abschluss eines Gewinn- und Verlustübernahmevertrages

Herr **Grosch** erinnerte, dass er in 2004 gegen die Gründung dieser Gesellschaft votiert habe, weil u.a. die Zielsetzung von Personalkosteneinsparungen damit verbunden worden sei. Das habe zu einem niedrigeren Lohnniveau für Busfahrer geführt. An seiner grundsätzlichen Auffassung dazu habe sich nichts geändert. Er könne der Vorlage insofern nicht zustimmen.

Herr **Knop** erklärte, dass er der Vorlage nicht zustimmen werde, da hier EG-Recht ausgehebelt werde und das dem Grundansinnen der Liberalisierung nicht entspreche.

Beschluss:

1. Der Rat stimmt der neuen Fassung des Gesellschaftervertrages der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH zu.

2. Der Rat stimmt dem Gewinn- und Verlustübernahmevertrag zwischen der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH und der VKU-Verkehrsdienst GmbH zu.

Abstimmungsergebnis: mit Mehrheit bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung angenommen

Zu TOP 5.
058/2006

Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte „Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Kamen“ und billigt gleichzeitig die Gebührenbedarfsberechnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.
059/2006

Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über die Festsetzung von Sperrzeiten und Ausnahmen von den Verboten der §§ 9 und 10 Landesimmissionsschutzgesetz (LImSchG)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die vorgelegte Neufassung der „Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Festsetzung von Sperrzeiten und Ausnahmen von den Verboten der §§ 9 und 10 Landesimmissionsschutzgesetz (LImSchG)“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.
052/2006 Kreisumlage
hier: Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen

Frau **Dyduch** stellte fest, dass der Kreis in der Verpflichtung stehe, Spar- und Konsolidierungsbeiträge zu leisten. Eine Sparkommission beim Kreis habe ihre diesbezügliche Arbeit aufgenommen. Grundsätzlich sei nach gegenwärtigem Stand wohl nicht mit einer Steigerung der Kreisumlage im kommenden Jahr zu rechnen.

Herr **Grosch** erkundigte sich, ob die Hartz-4-Gesetzgebung im Ergebnis zu Kostenerhöhungen oder zu Entlastungen geführt habe.

Herr **Baudrexl** erläuterte, dass die Hartz-4-Aufwendungen in die Kreisumlage eingerechnet seien. Entlastet werde der kommunale Haushalt durch Personal- und Sachkostenerstattungen für das ARGE Personal. Im Ergebnis bleibe aber dennoch eine Belastung der Kommunen.

Beschluss:

Beim Produkt 61.01.01 – Allgemeine Finanzwirtschaft – werden bei den Transferaufwendungen (Zeile 15) gemäß § 83 Abs. 2 Satz 1 GO NRW überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 1.672.162,26 Euro genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.
065/2006 Jahresabschluss der Städtischen Sparkasse Kamen zum 31.12.2005

Her **Grosch** bat um eine detailliertere Begründung für die Zuführung der Jahresüberschüsse zur Sicherheitsrücklage.

Herr Bürgermeister **Hupe** wies auf die gesetzlichen Vorgaben des § 28 Sparkassengesetz hin und das nachvollziehbare Interesse der Gewährträgerin an einer soliden Sicherheitsrücklage des Unternehmens. Zudem verwies er auf die intensive Unterstützung und Förderung von Veranstaltungen und Projekten in vielen Bereichen durch Spendenmittel der Sparkasse.
Das Sparkassenrecht werde derzeit novelliert. Der Einfluss des EU-Rechtes könnte u.a. in dieser Frage eine Änderung bringen. Das sei aber zunächst abzuwarten.

Beschluss:

Auf eine Gewinnausschüttung in Höhe von 10 % des Jahresüberschusses an den Gewährträger wird verzichtet, so dass der gesamte Jahresüberschuss in Höhe von 906.771,80 € der Sicherheitsrücklage zuzuführen ist.

In den Zeitungen „Hellweger Anzeiger“ und „Westfälische Rundschau“ ist auf die Auslegung des festgestellten Jahresabschlusses mit Bestätigungsvermerk in den Kassenräumen der Städtischen Sparkasse Kamen hinzuweisen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 9.
064/2006 Entlastung der Organe der Städt. Sparkasse Kamen für das Geschäftsjahr 2005

Frau **Borowiak** übernahm zu diesem Tagesordnungspunkt die Sitzungsleitung.

Die n.g. Ratsmitglieder haben sich gem. § 31 GO NRW an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht beteiligt.

Bartosch, Gabriele; Behrens, Heinrich; Biedermann, Robert; Drescher, Dieter; Dyduch, Marion; Ebbinghaus, Dirk; Eckardt, Joachim; Eisenhardt, Ralf; Hartig, Petra; Hasler, Reinhard; Hupe, Hermann; Jung, Renate; Kissing, Heinrich; Kühnapfel, Klaus-Bernhard; Lipinski, Friedhelm; Mann, Annette; Schneider, Karl-Adolf; Stahlhut, Günter; Weigel, Wilfried

Beschluss:

Den Organen der Städtischen Sparkasse Kamen wird gem. § 27 Abs. 3 Sparkassengesetz (SpkG NRW) hinsichtlich des Jahresabschlusses 2005 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Frau **Borowiak** übergab die Sitzungsleitung an Herrn Bürgermeister **Hupe**.

Zu TOP 10.
Antrag der CDU-Fraktion zur Umsetzung der Prüfaufträge und der geplanten Organisationsmaßnahmen aus der Ratsdebatte zum Haushaltsplan 2006

Herr **Kissing** erinnerte an die sehr intensive Ratsdebatte im Dezember 2005. Die Verwaltung habe aus diesen Debatten einige Arbeitsaufträge mitgenommen. Diesbezüglich bitte man jetzt um Sachstandsbericht.

Kostenreduzierung beim Mittagessen der Gesamtschule

Herr **Brüggemann** erklärte, dass das Thema „Essen an Schulen“ sehr detailliert bearbeitet werde. Das Thema mit all seinen Facetten sei sehr komplex, erfordere einen hohen Gesprächsaufwand und müsse mit der gebotenen Sensibilität analysiert werden. Man befinde sich mitten in kooperativen und vertrauensvollen Verhandlungsgesprächen. Er gehe davon aus, zum Jahresende einen praktikablen Entscheidungsvorschlag unterbreiten zu können.

Reduzierung der städtischen Transferleistungen für die VKU

Herr **Baudrexl** wies auf zwei Ebenen hin, die man differenziert betrachten müsse: die operative Ebene des Verkehrsunternehmens und die Ebene der Nahverkehrsplanung. Die Aktivitäten der operativen Ebene der VKU habe Herr Eichner mit seinem sehr ausführlichen Bericht über das Restrukturierungskonzept in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusse im April dargestellt. Im Ergebnis sei festgestellt worden, dass diese Maßnahmen aufgrund der erheblich höheren Energiepreise und entfallener Landeszuschüsse nur zur Verstetigung geführt hätten.

An der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes arbeite der Kreis. Die parlamentarischen Gremien seien aber bislang noch nicht damit befasst. Konkrete, berichtspflichtige Zwischenstände könnten also nicht mitgeteilt werden.

Erarbeitung eines gesamtstädtischen Raumnutzungskonzeptes

Ein gesamtstädtisches Raumnutzungskonzept, das alle Optionen berücksichtige und zukunftsfähige Lösungsvarianten aufzeige, könne derzeit, so Herr **Baudrexl**, noch nicht vorgelegt werden. Wichtige Rahmenbedingungen und grundlegende Eckwerte seien noch nicht zielführend geklärt. Beispielhaft nannte er die Frage der Unterbringung der in der alten Kulturamtsvilla untergebrachten Mitarbeiter oder die Unterbringung der ARGE-Mitarbeiter im Rathaus oder extern, davon abhängig sei die Frage der künftigen Nutzung des Ratssitzungssaales. Zum VHS Gebäude gab er zu bedenken, dass die Vermarktungschancen wegen der Denkmalschutzaspekte wohl eher gering seien, zudem bestehe bis zum Jahr 2017 eine subventionsbezogene Bindungsfrist.

Herr **Brüggemann** wies ergänzend auf die Schulraumnutzungsprognosen hin. Infolge rückläufiger Schülerzahlen sei z.B. im Schulzentrum mit frei werdenden Raumkapazitäten zu rechnen.

Organisationsentwicklung im Rathaus

Herr Bürgermeister **Hupe** bat um Verständnis, dass die Organisations- und Personalentwicklung ein laufender Arbeitsprozess sei, an dem täglich gearbeitet werde. Präzise Aussagen könnten aber aufgrund vielfältiger, noch nicht ganz eindeutiger Einflussfaktoren derzeit noch nicht getroffen werden.

Senkung der Kreditzinsen durch ein professionelles Schuldenmanagement

Herr Bürgermeister **Hupe** verwies dazu auf den umfassenden Bericht in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung.

Herr **Kissing** erkundigte sich nach einem Prognosewert für die VKU Verlustabdeckung und ob die Überlegung des Zusammenlegens von verschiedenen Bereichen wie Baubetriebshof, Stadtentwässerung und Tiefbau zu einem Servicebetrieb noch geprüft werde.

Herr Bürgermeister **Hupe** entgegnete, dass daran gearbeitet werde, wobei Synergieeffekte nicht nur an der Frage der Rechtsform von Bereichen beurteilt werden könnten.

Herr **Baudrexl** erläuterte, dass sich die in den Plan 2007 eingestellte Verlustabdeckung auf den Fehlbetrag aus dem Jahr 2005 beziehe. Aus dem Wirtschaftsplan sei ersichtlich, dass eine Verringerung nicht zu erwarten sei, allenfalls könne von der Vermeidung einer weiteren Erhöhung ausgegangen werden.

Zu TOP 11.

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohneranfragen vor.

Zu TOP 12.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung

Abrechnung Stadtmarketing Fußball-WM

Herr **Sostmann** berichtete, dass die Stadtmarketingaufwendungen für die Fußball-WM im Juni 2006 inzwischen abgerechnet worden seien. Von den bereitgestellten Mitteln in Höhe von 70.000 Euro seien 61.738,69 Euro verausgabt worden. An Erlösen seien 36.516 Euro erzielt worden, so dass sich eine Nettoausgabe von 25.222,69 Euro ergebe.

Eingabe BG-Fraktion Altes Rathaus

Herr Bürgermeister **Hupe** informierte über die Eingabe der BG-Fraktion gemäß § 116 GO NRW bei der Kommunalaufsicht über die Bezirksregierung Arnsberg zum Projekt Altes Rathaus. Er schilderte den zeitlichen Verfahrensablauf von der Vorlage bei der Aufsicht des Kreises am 01.07.2006 bis zur Abschlussverfügung am 30.08.2006.
Wesentliche Inhalte der Beschwerde bezögen sich auf eine Verletzung der Anzeigepflicht gem. § 16 Abs. 2 BauO NRW (Hausschwammbefall), die Vernichtung von Gemeindevermögen ohne ausreichenden Grund und das Versäumnis von wirksamen Gegenmaßnahmen durch das Stehen lassen von massiv mit echtem Hausschwamm befallenen Mauerresten.
Dazu habe die Kommunalaufsicht folgende Feststellungen getroffen:
„Der Anzeigepflicht gem. § 16 Abs. 2 BauO NRW wurde entsprochen. Das Hochbauamt hat mit Schreiben vom 05.09.1994 dem zuständigen Bauordnungsamt (Bauaufsichtsbehörde der Stadt Kamen) den Befall des nicht denkmalgeschützten Rathausanbaus durch den Echten Hausschwamm mitgeteilt. Die gesetzlich geforderte Erstattung einer Anzeige an die Bauaufsicht wurde erfüllt, eine Rechtsverletzung liegt nicht vor.“
Nach § 89 Abs. 2 der Gemeindeordnung NRW hat die Gemeinde Vermögensgegenstände pfleglich und wirtschaftlich zu verwalten.
Durch externes Gutachten von 16.08.1994 wird zum nicht denkmalgeschützten Rathausanbau festgestellt:
„Bei der durchgeführten Untersuchung der Schadbereiche wurde im Anbau an Holzbauteilen der Bodenkonstruktion, Fußleisten, Einbauschränken und Türrahmen der Befall durch den Echten Hausschwamm festgestellt. Es ist bereits zur Entwicklung größerer Fruchtkörper mit entsprechendem Sporenabgang gekommen, so dass die Gefahr einer raschen Weiterverbreitung des Schwammes mit der Entwicklung neuer Schwammherde als außerordentlich groß einzustufen ist. Wir empfehlen dringend, den Anbau zu sperren, da in den Befallsbereichen Einsturzgefahr besteht.“
Der Abriss des nicht denkmalgeschützten Rathausanbaus ist rechtlich nicht zu beanstanden.
In einer ergänzenden Stellungnahme an den Gemeindeversicherungsverband hat der externe Gutachter ergänzt: *„Der Befall durch den Echten Hausschwamm ist in der Holzkonstruktion der Geschossdecke zwischen 1. und 2. Obergeschoss entstanden. Im Deckenbereich hatten sich Fruchtkörper gebildet, und die Balken waren bereits bis zum Verlust der Tragfähigkeit zerstört. Von hier ausgehend hat der Befall angrenzende Bauteile des Anbaus erfasst.“*

Eine weitere gutachterliche Stellungnahme vom 21.04.2006 weist nach:
„Der nach dem Abriss eines Teils des Alten Rathauses verbliebene „Restkeller“ wurde eingehend untersucht.....; ein Befall durch den Echten Hausschwamm konnte nicht festgestellt werden.“
Der Vorwurf unterlassener Sanierungsmaßnahmen ist insofern nicht haltbar.

Die Kommunalaufsicht des Kreises Unna komme deshalb zu dem Ergebnis:

1. Einschlägige Vorschriften des meldepflichtigen Hausschwammbefalls sind eingehalten worden.

2. Die Entscheidungen des Bürgermeisters bezüglich des Abrisses des nicht denkmalgeschützten Anbaus am alten Rathaus sind nicht zu beanstanden.

Alle Vorwürfe der BG-Fraktion seien nachweislich völlig haltlos.
Sie seien offenbar mit fehlendem Hintergrundwissen oder aufgrund „falsch“ interpretierter Fakten an die Kommunalaufsicht herangetragen worden.

Ein weiteres Rechtsverfahren einer Unterlassungsklage sei noch nicht abgeschlossen.

Anfragen

Eingabe BG-Fraktion

Auf Nachfrage von Herrn **Kaminski** teilte Herr Bürgermeister **Hupe** mit, dass mit der Verfügung des Kreises Unna als zuständige kommunale Aufsichtsbehörde die Eingabe abschließend entschieden ist. Weitere Stellungnahmen anderer übergeordneter Behörden erfolgen nicht.

Übernahme Kosten Schulbücher für ALG-II-Empfänger

Herr **Grosch** erinnerte an seine Anfrage in der letzten Ratssitzung bezüglich der vollständigen bzw. tlw. Übernahme der Kosten für die Anschaffung von Schulbüchern durch Familien, die zum Personenkreis der ALG-II-Empfänger gehören. Er fragte an, ob es im Bereich der Stadt Kamen entsprechende Härtefallregelungen und Kostenübernahmen gegeben habe.

Herr **Brüggemann** erläuterte kurz die Rechtslage und die Handlungsgrundlagen innerhalb des Kreises Unna. Er gehe davon aus, dass für besonders betroffene Familien in Kamen wie im Vorjahr bereits praktiziert unbürokratische Hilfestellungen geleistet wurden.
(Ergänzung Protokoll: Es haben sich bei der örtlichen Schulverwaltung 6 Familien gemeldet, die zum betroffenen Personenkreis zählen und als besondere Härtefälle in Abstimmung mit der Jugendhilfe die notwendigen Unterstützungen erhalten.)

Fördermittel von der FIFA

Herr **Kaminski** teilte mit, dass die FIFA erhebliche Gewinne durch die Fußball-WM gemacht habe. Die Stadt Dortmund habe über den DFB eine Entschädigung für ihre WM-Aufwendungen erhalten. Er erkundigte sich, ob die Stadt Kamen entsprechende Förderanträge gestellt habe.

Dazu berichtete Herr **Sostmann**, dass lediglich für die Austragungsorte FIFA-Mittel ausgezahlt worden seien. Diese Information habe man schon zu einem recht frühen Planungsstand erhalten und von einem ohnehin erfolglosen Antrag abgesehen.
Zu berücksichtigen habe man, dass zumindest die Gastronomie und Hotelbetriebe in Kamen von der WM deutlich profitiert hätten.

Hermann Hupe Vorsitzender	Ralf Tost Schriftführer/in